



2 Generationengerechte Quartiersentwicklung und Nachbarschaften

Dokumentation der Veranstaltung

im Rahmen der Werkstattreihe des Städteneetzes Soziale Stadt NRW

Sozialraumorientierung und ressortübergreifende Handlungsansätze in der Stadtentwicklung und im Quartier

am 5. Mai 2017 in Dortmund



Impressum

Herausgeber

Stadt Essen, der Oberbürgermeister
Städtenetz Soziale Stadt NRW
Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement
Rathenaustraße 2
45121 Essen

Bearbeitung

StadtRaumKonzept GmbH
Marion Kamp-Murböck, Mara Ahlers, Susanne Fasselt

Layout und Satz

StadtRaumKonzept GmbH
Sebastian Siebert

Fotos

Daniel Sadrowski

Essen, Juli 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Werkstattreihe

Sozialraumorientierung und ressortübergreifende Handlungsansätze in der Stadtentwicklung und im Quartier

„Generationengerechte Quartiersentwicklung
und Nachbarschaften“

am 5. Mai 2017 in Dortmund

Wichern Kultur- und Tagungszentrum | Stollenstraße 36 | 44145 Dortmund

Inhalt

Einleitung.....	3
Gestaltung des demografischen Wandels am Beispiel der altersgerechten Quartiersentwicklung	4
Werkstattgruppe I Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes	10
Werkstattgruppe II Sanierung und Neubau von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen.....	13
Werkstattgruppe III Generationenwohnen und neue Wohnformen im Quartier	16
Werkstattgruppe IV Soziale Netze / Bürgerschaftliches Engagement	19
Ausblick	24

Hinweis: Diese Dokumentation erfasst den Grundtenor der Diskussionen im Rahmen der Veranstaltung und gibt damit nicht zwingend alle Einzelmeinungen wieder.



Einleitung

Jutta Stratmann, Mitarbeiterin der Geschäftsstelle des Städtenetzes Soziale Stadt NRW und Organisatorin der Werkstattreihe, begrüßte die rund 50 Anwesenden zur zweiten Werkstatt – diesmal im Wichernhaus in der Dortmunder Nordstadt.

Die Werkstattreihe verfolgt – vor allem angesichts der vielen Querschnittsbereiche und sozialen Themen der Stadterneuerung – das Ziel, das Thema Sozialraumorientierung stärker in das Bewusstsein der Kommunalverwaltungen zu bringen, um letztlich die Zusammenarbeit der jeweiligen Akteure in der Praxis weiterzuentwickeln. Es werden daher bewusst die Fachbereiche für Planung, für Soziales sowie weitere Fachbereiche angesprochen, um den Dialog zu fördern.

Nachdem die Auftaktveranstaltung am 15. März 2017 den Begriff der Sozialraumorientierung und strategische Fragen der integrierten Arbeit in den Mittelpunkt stellte, befasste sich die zweite Werkstatt am 5. Mai mit der Frage, wie eine generationengerechte Quartiersentwicklung gelingen kann und welche Rahmenbedingungen die demografische und soziale Entwicklung in den Stadtteilen schafft. Dabei wurde ein Fokus explizit auf die Gruppe der Älteren gelegt: Welche Konzepte haben die Kommunen zum Umgang mit einer ausdifferenzierten Altersphase und veränderten Wohn- und Lebenswünschen? Letztendlich geht es um das Zusammenleben aller Generationen im Quartier, die Gestaltung von Nachbarschaft und neuen Netzwerken, die Begegnungsmöglichkeiten unterschiedlicher Gruppen im öffentlichen Raum und in Einrichtungen sowie Aktivitäten für sich und andere im unmittelbaren Wohnumfeld.

Diesen Aspekten wurde im Impulsvortrag von Frau Kremer-Preiß sowie anschließend in vier Werkstattgruppen nachgegangen:

Werkstattgruppe 1: Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums

Was ist bei der Gestaltung öffentlicher Räume in generationengerechten Quartieren zu beachten?

Werkstattgruppe 2: Sanierung und Neubau von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen

Wie können Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen die Anforderungen generationengerechter Quartiere aufgreifen und unterstützen?

Werkstattgruppe 3: Generationenwohnen und neue Wohnformen im Quartier

Welchen Beitrag leisten neue Wohnprojekte für Generationengerechtigkeit und Nachbarschaft?

Werkstattgruppe 4: Soziale Netze / Bürgerschaftliches Engagement

Wie kann bürgerschaftliches Engagement im Alter im Sinne generationengerechter Quartiere gefördert werden?

Diese Dokumentation fasst den Erkenntnisgewinn aus der Diskussion zum Thema Generationengerechtigkeit und Nachbarschaft zusammen. Die jeweiligen Praxisbeispiele waren Anlass, um in die Diskussion zu kommen. Insofern geben die Zusammenfassungen der Werkstattgruppen nicht zwingend den eigentlichen Diskussionsverlauf wieder, sondern beinhalten eine pointierte Darstellung zentraler Diskussionspunkte.



Gestaltung des demografischen Wandels am Beispiel der altersgerechten Quartiersentwicklung

Ursula Kremer-Preiß, Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW

Die Hauptreferentin der Werkstatt „Generationengerechte Quartiersentwicklung und Nachbarschaften“, Frau Ursula Kremer-Preiß vom Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW, ordnete zum Einstieg ihres Beitrags die zunehmende Bedeutung von Konzepten der altersgerechten Quartiersentwicklung in den aktuellen Kontext ein, der unter anderem durch das neue Präventionsgesetz definiert wird. Wodurch unterscheiden sich diese Konzepte von der klassischen Altenhilfe? Was sind die Handlungsfelder der altersgerechten Quartiersentwicklung und wo muss man aktiv werden, um bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen aufzubauen?

A. Was sind die Herausforderungen?

Die Herausforderungen und damit den Rahmen für Konzepte zur altersgerechten Quartiersentwicklung setzt die **demografische Entwicklung**, die sich mit folgenden Eckpunkten skizzieren lässt:

Die Lebenszeit der Deutschen verlängert sich – die Altersphase wird somit zunehmend länger im Vergleich zur Jugendphase. Die Lebenserwartung von heute neugeborenen Mädchen liegt bei 82,4, die von Jungen bei 77,2 Jahren. Die Zahl der Hochaltrigen wird bis 2050 von heute 4 auf dann rund 10 Mio. ansteigen (Quelle: Statistisches Bundesamt 2015).

Damit steigt die Zahl der im Alter unterstützungsbedürftigen Personen – bei gleichzeitigem Rückgang des Helferpotenzials. So wird für 2030 ein Anstieg der Pflegebedürftigen von 2,5 Mio (2011) auf bis zu 4 Mio. prognostiziert (Quelle: Pflegestatistik 2011). Demgegenüber steht eine zu erwartende Halbierung des informellen Helferpotenzials: Zurzeit werden etwa zwei Drittel der Pflegebedürftigen von ihren Angehörigen gepflegt. Dies wird sich in Zukunft ändern. Bis 2030 wird zudem ein Mangel an Pflegefachkräften in Höhe von rund 240.000 Personen vermutet (Quelle: Bertelsmann Stiftung 2014).

Daraus resultieren **Herausforderungen ökonomischer Natur**, die sowohl den Einzelnen als auch die Kommunen treffen werden:

- Der **Pflegeversicherungsanteil** wird steigen. Aktuell liegt er bei 2,55 % – 2050 könnte er bei 3,7 % liegen (Quelle: Bank für Sozialwirtschaft).
- Die **Altersarmut** wird zunehmen. Aktuell beziehen etwa 2 % der Rentner/-innen Grundsicherung. Bis 2030 rechnet man mit einem Anstieg auf 50 % der Rentner/-innen, welche die Höhe der Grundsicherung in ihren Renten nicht überschreiten (Quelle: www.armut-und-alter.de).
- Die **Belastung für die kommunalen Haushalte** wird steigen: Die zunehmenden Leistungen für die „Hilfe zur Pflege“ und wachsende Altersarmut werden die Ausgaben bis 2040 um 25 % steigern.

Diese Entwicklungen werden von **sozialen Herausforderungen** begleitet, die ein komplexes Altersbild skizzieren:

- 2030 werden rund 52 % der über 60-Jährigen in **Singlehaushalten** leben (Quelle: Statistisches Bundesamt 2011). Damit steigen die Gefahr der Vereinsamung und der Bedarf an Pflegekräften.
- Bis 2030 werden rund 2,8 Mio. Menschen in Deutschland einen **Migrationshintergrund** haben. Die Gruppe der über 65-jährigen Migranten zählt zu den am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Damit wachsen die Anforderungen an kultursensible Pflege.
- Die **Lebensstile** im Alter differenzieren sich weiter aus. Angebote für individuelle Hilfen und Freizeitmöglichkeiten, für Wohnen und Begegnung im Quartier müssen diese Ausdifferenzierung berücksichtigen und für eine heterogene Bevölkerung im Alter planen.

Unabhängig von diesen Entwicklungen zeigen jedoch alle Umfragen bezüglich

der Wohnwünsche der Menschen im Alter ein gemeinsames Ergebnis: Die Menschen möchten auch im Alter in der eigenen Wohnung leben. Daraus resultieren hohe Anforderungen an den altersgerechten und damit barrierefreien Um- und Neubau von Wohnungen sowie an die Organisation von Pflege. Dies korrespondiert mit dem Wandel der Aktionsräume von Menschen über die verschiedenen Altersphasen hinweg: Mit zunehmendem Alter reduzieren sich diese Aktionsräume – bis letztlich nur noch die Wohnung und der unmittelbare Wohnungsnahbereich von den Menschen genutzt und wahrgenommen werden. Dies erklärt auch, warum Umzüge im hohen Alter im Grunde keine Option sind. Wohnungsanpassungsstrategien – auf kleinere Wohnungen, Wohngemeinschaften oder in betreutes Wohnen – müssten sehr viel früher ansetzen.

B. Was sind Quartiersansätze?

Daraus resultieren **zwei zu bewältigende Herausforderungen** für die Altenarbeit und -politik (sowie für die Gesellschaft und auch die Stadtentwicklung):

1. Auch bei Demenz, Mobilitätseinschränkungen oder hohem Pflegebedarf: Die Menschen müssen dabei unterstützt werden, dass sie **in ihren vertrauten sozialen Nahräumen bleiben** können. Diese müssen altersgerecht gestaltet werden. Ziel ist die Erhaltung des (selbständigen) Wohnens im vertrauten Wohnumfeld.
2. Die Pflege wird damit dezentraler, benötigt also mehr Personal. Dies ist allein mit Profis nicht zu bewältigen: Es müssen viele beteiligt und ein **Wechsel von der Versorgungs- zur Mitwirkungsgesellschaft** vollzogen werden. Ziel ist die Stärkung von Eigeninitiative, Mitgestaltung und gegenseitiger Hilfe.

Diese beiden Punkte bilden die Eckpfeiler einer „**altersgerechten Quartiersentwicklung**“.

Der Quartiersansatz wird dabei als deutlich mehr als eine kleinräumige Organisation von Altenhilfe oder altersgerechte Wohnraumgestaltung verstanden: Es geht darum, dass Betroffene und Akteure die Lebenswelten gemeinsam an die Anforderungen anpassen.

Landesinitiativen zur altersgerechten Quartiersentwicklung

- Spezielle Förderbausteine im Landesförderplan
- Beratung durch das Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW
- Landkarte mit Quartiersprojekten
- Modulbaukasten mit Instrumenten
- Qualifizierungsangebote

▶ **Es gilt, diese Angebote in die Fläche zu bringen!**

Vier Strukturprinzipien liegen dem zugrunde, die eines gemeinsam haben: Im Mittelpunkt steht der ältere Mensch mit seinen Bedürfnissen:

1. **Sozialräumlich: Nicht von der Einzelversorgung her, sondern vom sozialen Lebensraum aus denken.** Es gilt, einen überschaubaren, sozial konstruierbaren und identifizierbaren Raum zu definieren. Die Größe hinsichtlich Fläche oder Einwohnerzahl ist dabei nicht eindeutig festgelegt. Entscheidend ist es, dass die Menschen sich mit dem Gebiet identifizieren, damit sie Engagement entwickeln. Dieses Denken in sozialen Nahräumen kommt – im Gegensatz zur Jugendhilfe – quasi einem Paradigmenwechsel in der Altenarbeit gleich.
2. **Ganzheitlich: Nicht einzelne Hilfen und Dienstleistungen, sondern das gesamte Lebensumfeld optimieren.** Es geht um integriertes Handeln – darum, die Themen Wohnen und Wohnumfeld mit den sozialen Themen sowie Beratungsleistungen (Hilfe und Pflege) zusammenzudenken.
3. **Vernetzt: Nicht alleine, sondern in Kooperation und vernetzt mit den örtlichen Akteuren zusammenwirken.** Die Realisierung eines altersgerechten Quartiersansatzes ist nicht Auf-



gabe eines Trägers allein, sondern braucht Kooperationspartner, die im Quartier Verantwortung tragen. Denkbar ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Akteuren aus den Bereichen Kommune, Wohnungswirtschaft, soziale Dienstleistung, Verein, Einzelhandel u. a. zu „Lokalen Entwicklungs- oder Verantwortungsgemeinschaften“.

4. **Partizipativ: Nicht nur mit Profis, sondern mit den Betroffenen gemeinsam ihre sozialen Lebensräume entwickeln.**

Die Betroffenen sollen sowohl in die Planung (Leitbildentwicklung, Maßnahmenplanung) als auch in die Umsetzung eingebunden werden.

C. In welchen Handlungsfeldern ergeben sich Aufgaben für die altersgerechte Quartiersentwicklung?

Die zentrale Aufgabe lautet, bei allen Aktivitäten auch die Bedürfnisse der älteren Menschen mit zu denken (z. B. Möglichkeit zur Raumnutzung beim Neubau einer Tageseinrichtung für Kinder). Das bedeutet gleichzeitig, dass nicht nur für ältere Menschen geplant und gebaut wird, sondern dass die Quartiersbevölkerung als solche im Blick bleibt: Generationengerecht statt zielgruppengerecht.

1. Bedarfsgerechte Wohnangebote

Ein altersgerechtes Leben im Quartier ist ohne ein entsprechendes Wohnungsangebot nicht realisierbar. „Entsprechend“ bedeutet zweierlei:

- Wohnungen, die technisch und baulich gesehen den Anforderungen älter werdender Menschen gerecht werden > barrierefreie/-arme Wohnangebote
- Wohnangebote, die den sozialen und gesundheitlichen Bedürfnissen nach Gemeinschaft, Betreuung und Pflege gerecht werden > Schaffung alternativer Wohnangebote und Öffnung ins Quartier.

Hauptthema im baulichen Bereich ist die Anpassung im Bestand: Es geht um die Beseitigung von Barrieren im eigenen Wohnhaus, der Wohnung und um individuelle Beratung sowohl von Wohnungsunternehmen als auch von Hauseigentümern. Dass hier Handlungsbedarf besteht, zeigt eine Befragung, in der in Haushalten nach spezifischen Barrieren

gefragt wurde. Diese Barrieren waren in 95 % der befragten Haushalte vorhanden. Für die Kommune zahlt sich eine Investition in Wohnraumanpassung letztlich aus: Das längere Verbleiben in der eigenen Wohnung senkt die stationären Pflegekosten auch für die Kommune. Dabei ist – so ein Beitrag aus der Diskussion – auch die Unterstützung von Umzügen in andere, altersgerechte Wohnungen mit zu bedenken.

Im Bereich der alternativen Wohnangebote gibt es unterschiedliche Abstufungen, die von Mehrgenerationenwohnprojekten über Betreutes Wohnen bis hin zu Pflegewohngemeinschaften reichen. Ein neuer Ansatz besteht darin, Pflegeheime zu Quartiershäusern weiterzuentwickeln – ein Konzept, in dem auch Quartiersbewohner/-innen Verantwortung für ältere Menschen übernehmen können.

[Hinweis: In der Werkstattgruppe 3 wurde das Thema Neue Wohnformen aufgegriffen.]

2. Generationengerechtes Wohnumfeld

Zentrales Thema bei der Gestaltung eines altersgerechten Wohnumfelds sind Barrierefreiheit und Sicherheit. Aber auch andere Aspekte wie die Sicherung von Infrastruktur im direkten Umfeld und die Sicherung der Mobilität (z. B. zu entfernteren Einkaufsmöglichkeiten) werden zu dem Bereich des Wohnumfeldes gezählt. Da bei zunehmendem Alter die Mobilität häufig abnimmt, sind entweder alternative Versorgungskonzepte (wie ein rollender Supermarkt) zur Stärkung der kleinen

Checkliste: 10 Punkte für ein barrierefreies Wohnumfeld

(U. Kremer-Preiß)

1. barrierefreies Wegenetz
2. ausreichend breite Gehwege
3. rutschfeste Bodenbeläge
4. ausreichend Überquerungshilfen bei stark befahrenen Straßen
5. gute Beleuchtung
6. Ruhemöglichkeiten
7. öffentliche Toiletten
8. Naherholungsflächen mit Begegnungsmöglichkeiten
9. ÖPNV fußläufig erreichbar
10. Versorgungseinrichtungen zur Deckung des täglichen Bedarfs fußläufig erreichbar

räumigen Versorgung oder alternative Mobilitätskonzepte (wie Einkaufsmobile) notwendig, um die Selbständigkeit im Alter weitestgehend zu erhalten.

3. Begegnungsräume / Soziale Angebote / Lebendige Nachbarschaften

Der Gefahr der Vereinsamung im Alter werden Begegnungsmöglichkeiten entgegengesetzt, beispielsweise über eine funktionierende Hausgemeinschaft (z. B. im Mehrgenerationenwohnen) oder lebendige Netzwerke und Nachbarschaften. Andere Gruppen werden stärker durch aktive Ansprache erreicht: Durch Quartierssozialarbeiter oder auch durch Modelle wie die „Nachbarschaftsstifter“ (siehe S. 25).

4. Information und Beratung

Beratung gilt es nicht zentral vorzuhalten, sondern zu den Menschen zu bringen – über dezentrale Stadtteilberatungsstellen (sinnvoll ist die Verknüpfung mit Begegnungseinrichtungen), über zugehende und mobile Beratung oder aber über digitale Medien direkt in die Wohnung.

5. Unterstützungsleistungen für Hilfe und Pflege

Dezentralität und Kleinteiligkeit sind die zentralen Merkmale auch im Hilfe- und Pflegebereich, ob es nun um mobile Hilfen, wie Zahnärzte auf Rädern, oder um eine dezentrale Rund-um-die-Uhr-Betreuung, z. B. in ambulanten Pflege-Wohngemeinschaften, geht. Da die Pflege künftig weniger durch Angehörige übernommen werden wird und die Anzahl der Fachkräfte nicht mit der Zunahme des Pflegebedarfs entsprechend ansteigt, werden alternative Modelle wie Nachbarschaftshilfe oder Betreuung in Gastfamilien immer bedeutsamer.

D. Welche Herausforderungen stellen sich im Verlauf der Umsetzung von Quartiersansätzen zur altersgerechten Quartiersentwicklung?

Die Umsetzung gliedert sich in verschiedene Abschnitte, die jeweils ihre eigenen Herausforderungen mit sich bringen.

In der **Planungsphase** muss es vor allem gelingen, dass sich die verschiedenen Akteure mit ihren unterschiedlichen Anliegen auf einen gemeinsamen Ansatz einigen. Welches Leitbild liegt dem Konzept zugrunde? Anschließend werden

Handlungs- bzw. Sozialräume identifiziert und ihr Handlungsbedarf analysiert. Insbesondere in diesem Punkt ist es wesentlich, dass die Kommunen sich im Bereich der (kleinräumigen) Datenanalyse weiterentwickeln, um solide Handlungsgrundlagen zu schaffen.

In der **Durchführungsphase** kommt es vor allem auf konzentrierte und stringente Arbeit an – schnelle Lösungen sind nicht zwingend die besseren. Es gilt, Verbündete zu suchen und lokale Netzwerke zu bilden, die über die Dauer der Umsetzung hinaus tragfähig sein sollten. Man sollte mit kleinen Maßnahmen beginnen und Schritt für Schritt weitere Maßnahmen mit den Bürger/-innen umsetzen. Jede Maßnahme stärkt die Identifikation – sie sollten sorgfältig vorbereitet sein. Und: Erfolge – auch kleinere – müssen sichtbar gemacht werden.

Sowohl in der Planungs- als auch in der Durchführungsphase bieten sich unterschiedliche Methoden an, um die Bürger/-innen mit einzubinden.

- Weltcafé-Methode
- Quartiersbegehungen
- Planungskonferenzen
- (Soziale) Kontaktangebote zur Diskussion

Zur Vorbereitung einer soliden **Verstetigungsphase** sollten die Arbeitsschritte regelmäßig auf Tragfähigkeit und Zielgenauigkeit überprüft werden. Organisationsstrukturen und ihre personelle Besetzung sollten anhand des Sozialraums aufgebaut werden, um den Bedürfnissen des Quartiers und der in ihm lebenden Menschen zu entsprechen. Dazu gehört in aller Regel auch die mittel- bis langfristige Sicherung des für die Umsetzung eingerichteten Quartiersmanagements als Anlaufstelle vor Ort.

E. Woher kommt das Geld zur Finanzierung der altersgerechten Quartiersansätze?

Altersgerechte Quartiersansätze sind ein verhältnismäßig junges Thema, für das sich unterschiedliche Finanzierungsansätze herausgebildet haben. Im Gegensatz zur Sozialen Stadt ist die Förderung von Quartiersmanagement noch ein relativ neues Thema. Verschiedene Förder-

und Finanzierungsquellen sind derzeit erschlossen:

Deutsches Hilfswerk

Das Deutsche Hilfswerk fördert aus Mitteln der Deutschen Fernsehlotterie im Rahmen des Förderbausteins 3.1.1 „Projekte mit Ansatz zur Quartiersentwicklung“.

- Fördergegenstand: Personalkosten eines Quartiersmanagements (Zuschuss)
- Förderhöhe: aktuell ca. 250.000 Euro auf fünf Jahre
- Förderempfänger: Wohlfahrtspflege
- Eigenanteil: i. d. R. 20 %

Kuratorium Deutsche Altenhilfe

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) fördert die Konzeptentwicklung für das Quartier durch den Förderbaustein 5600.

- Fördergegenstand: Sozialraumanalyse (Zuschuss)
- Förderhöhe: bis zu 8.000 Euro
- Förderempfänger: Wohlfahrtspflege
- Eigenanteil: i. d. R. 20 %

Landesförderplan „Alter und Pflege“ des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Land NRW fördert im Rahmen des Landesförderplans „Alter und Pflege“ die Entwicklung und Umsetzung altersgerechter Quartierskonzepte.

- Fördergegenstand: Altersgerechte Quartiersentwicklung (Förderangebot 2)
- Förderhöhe: bis zu 40.000 Euro auf drei Jahre (30.000 Euro Personalkosten / 10.000 Euro Sachkosten und teilhabeorientierte Maßnahmen)
- Förderart: Anteilige Festbetragsfinanzierung
- Förderempfänger: Kommunen

- Fördergegenstand: Quartiersbezogene Konzeptentwicklung (Förderangebot 3)
- Förderhöhe: bis zu 10.000 Euro
- Förderart: Anteilsfinanzierung (bis zu 75 % der förderfähigen Kosten)
- Förderempfänger: Kommunen

Weitere Fördermöglichkeiten existieren durch andere öffentliche und privatwirtschaftliche Finanzierungsformen. Die Bereitstellung von Betreuungspauschalen, die Übernahme von Mietzusatzkosten oder Finanzierungen nach dem Leistungsrecht sind Finanzierungsmodelle, die insbesondere von **Wohnungsanbietern**, wie beispielsweise der Freien

Scholle als Wohnungsgenossenschaft in Bielefeld, **und sozialen Dienstleistern** eingebracht werden.

Auf **kommunaler Ebene** gibt es Beispiele der Finanzierung im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge (als freiwillige Leistung bei Haushaltssicherungskonzepten nur eingeschränkt möglich) und über die Einrichtung eines Sozialfonds, der beispielsweise über den Bauträgergewinn gespeist wird.

Und schließlich lohnt ein Blick über die Grenze in die Niederlande, in denen in „betreuten Wohnzonen“, die den Gebieten der Quartierskonzepte entsprechen, **gemeinschaftliche Finanzierungsmodelle** entwickelt wurden: Das Quartiersmanagement wird über Abgaben aller Akteure in einem Quartier (Träger, Wohnungsunternehmen, z. T. auch Bewohner/-innen) finanziert. So können über eine Quartiersstiftung bis zu 50.000 Euro bereitgestellt werden.

F. Wie muss die Personal- und Organisationsentwicklung sich den Anforderungen anpassen?

Um eine langfristig funktionierende Umsetzung altersgerechter Quartiersansätze zu ermöglichen, sind Anpassungen in vier zentralen Bereichen von Personal- und Organisationsentwicklung notwendig:

Haltungsänderung: Der Wille der Menschen und ihr sozialer Lebensraum muss in den Fokus der Angebotsentwicklung rücken, wobei diese Haltung nicht „von oben zu verordnen“ ist. Sie muss von allen gemeinsam getragen werden.

Veränderung in der Mitarbeiterqualifikation: Im Vordergrund stehen Fähigkeiten zur Teamarbeit, Netzwerkarbeit sowie Moderationsfähigkeiten zur Erschließung von lokalem Fachwissen, zur Aktivierung lokaler Ressourcen, zu lokalem Projektmanagement. Die Netzwerkarbeit ist vor allem wichtig, um den Ansatz in die Fläche zu bringen. Als erfolgreich hat sich hier die Fortbildung des kommunalen Personals zu sozialräumlichem, kooperativem Arbeiten erwiesen.

Veränderung in der Organisationsstruktur: Die Arbeitsorganisation ist weniger bereichsbezogen, sondern sozialräumlich auszurichten, was eine sektorenüber-

greifende Zusammenarbeit und evtl. den Aufbau sozialräumlicher Hierarchieebenen und Zuständigkeiten erfordert. Im Fokus steht also der Sozialraum – Hierarchie- und Finanzstrukturen organisieren sich entsprechend (wie es bereits in der Jugendhilfe gängige Praxis ist).

Veränderungen im Leistungsangebot: Schaffung kleinteiliger, vernetzter Versorgungsstrukturen und Ausrichtung der Leistungsangebote an lokalspezifischen Bedarfslagen, was eine Erfassung der Bedürfnisse der Quartiersbewohner/-innen und die Bereitstellung kleinräumiger Daten und Versorgungsangebote erfordert. Das bedeutet gleichsam, das Leistungsportfolio anders als bisher aufzubauen.

Wenn es gelingt, die Akteure in diese Richtung zu bewegen, dann profitieren alle Beteiligten davon:

- die Quartiersbewohner/-innen durch bedarfsgerechte Wohn- und Versorgungsstrukturen im Wohnumfeld und eine Stärkung sozialer Integration
- die Kommune durch bedarfsgerechte Planung und Kostenersparnis
- die Wohnungswirtschaft durch eine Vermeidung von Umzügen, Reduzierung von Leerständen und Wertsteigerung der Immobilien
- die sozialen Dienstleister durch die Erschließung neuer Kunden und die Sicherung ihrer Marktposition

*Eigene Darstellung nach
U. Kremer-Preiß*

Rollenwechsel der Akteure in Quartierskonzepten

Rolle der Akteure im Quartier



Nicht...

- ... zentral, standardisiert
- ... nur Leistungsanbieter
- ... alleine
- ... nur Profis

**Rollen-
wechsel**



Sondern...

- ... kleinteilig, lokal, dezentral, flexibel
- ... Initiator, Begleiter und Koordinator
- ... Kooperationspartner in einem lokalen Netzwerk
- ... an Stärken ansetzen, Bürgerbeteiligung und Hilfemix gestalten

Werkstattgruppe I

Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes

Moderation: Jens Woelki, Stadt Dortmund,
Amt für Wohnen und Stadterneuerung

Thematischer Einstieg für den Diskurs zum Thema Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums waren die von Jens Woelki vorgestellten Gestaltungen des Hörder Neumarktes und des Friedrich-Ebert-Platzes ebenfalls im Dortmunder Stadtteil Hörde. Diese beiden Beispiele bildeten das Grundgerüst für die Diskussion der Probleme und Möglichkeiten bei einer generationengerechten Gestaltung des öffentlichen Raumes.



Anhand weiterer Einzelbeispiele und eigener Erfahrungen der Teilnehmer/-innen wurde erörtert, wie sich ein öffentlicher Raum definiert, welche Anforderungen vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit an ihn gestellt werden und wie Konflikte unter den Nutzerinnen und Nutzern durch eine Beteiligung im Gestaltungsprozess vermieden sowie Nachbarschaften gefördert werden können.

„Generationengerechtigkeit“ beinhaltet zwar insbesondere die Berücksichtigung der Anforderungen älterer Menschen; insgesamt ist aber Ziel dieses Leitgedankens, dass alle Altersgruppen den öffentlichen Raum nutzen können und wollen.

Mit Blick auf die Generationengerechtigkeit lassen sich die Ergebnisse der Werkstattgruppe „Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums“ mittels folgender Thesen zusammenfassen:

1. Jede/r schaut anders auf einen Platz und empfindet auch Lebendigkeit unterschiedlich. Daher müssen Planer im Gestaltungsprozess verschiedene Blickwinkel einnehmen und deren Gestaltelemente visualisieren.

Gestalterische Anforderungen an generationengerechte Infrastrukturen

Vor allem für körperlich eingeschränkte und schwächere Quartiersbewohner/-innen muss die barrierefreie oder -arme Nutzung von Plätzen sowie Parks gewährleistet werden. Dies stellt insbesondere im Altbestand eine Herausforderung dar. Die engen Straßen und der ruhende Verkehr gestalten die Schaffung einer als angenehm empfundenen Atmosphäre in vielen Fällen schwierig. Nichtsdestotrotz muss das Angebot einer generationengerechten räumlichen Infrastruktur durch beispielsweise ausreichende Sitzmöglichkeiten und öffentliche Toiletten älteren Menschen die Möglichkeit geben, auch längere Strecken ohne fremde Hilfe zu bewältigen. Dies kann durch innovative Projekte gefördert werden, wie z. B. „Die nette Toilette“, bei der sich private Unternehmen und öffentliche Einrichtungen (Kneipen, Bibliothek, ...) dazu bereit erklären, für ein Aufgeld ihre Toiletten der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Raumaneignung unterschiedlicher Nutzergruppen

Ein öffentlicher Raum muss den Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit bieten, sich (im Miteinander mit den Bedürfnissen anderer) individuell entfalten zu können und diesen frei zu nutzen. Dadurch entstehen verschiedene – teils gegensätzliche – Formen der Raumaneignung (Bewegung und Ruhe, Gespräch und Entspannung, in Gruppen und alleine), die

zu Konflikten zwischen unterschiedlichen Nutzerinnen und Nutzern führen können. Insbesondere ältere Menschen erscheinen in der Aneignung von Räumen benachteiligt und unsicher. Gleichzeitig können sie sich durch die Nutzung anderer Gruppen gestört fühlen. So kann die Nutzung eines Platzes durch jugendliche Skater mit den Interessen älterer Menschen kollidieren. Treffpunkte von Gruppen mit Suchterkrankungen werden als Störung und Belästigung wahrgenommen. Die Entfaltung der einen Nutzergruppe im öffentlichen Raum kann somit die Einschränkung einer anderen Nutzergruppe mit sich bringen.

Daraus resultiert die zweite These:

2. Generationenkonflikte können durch Nutzungsgliederung und gefestigte Nachbarschaften gemindert werden – jede/r findet (ihren/seinen) Platz.

Vermeidung von Generationenkonflikten

Bei der Nutzung von öffentlichen Räumen stellt sich nicht nur die Frage, inwieweit ihre Aneignung als Belästigung oder als Ausdruck der eigenen Freiheit gesehen werden kann, sondern auch wie daraus resultierende Konfliktpotentiale gemindert werden können. So ist eine funktionale Untergliederung nach Nutzergruppen in einem gewissen Maße sinnvoll. In ihrer Nutzung klar definierte Räume machen Regeln sichtbar und erleichtern die Aushandlungsprozesse. So können ein friedliches Nebeneinander gewährleistet und ein Raum des Austausches gefördert werden. Sind auch hiermit größere Konflikte nicht auszuschließen, können räumlich getrennte Bereiche zur Konfliktvermeidung für unterschiedliche Nutzergruppen geschaffen werden.

Förderung von Nachbarschaften

Nachbarschaften können durch das Angebot an öffentlichen Räumen im Quartier gefördert werden. Durch den Austausch zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern wird der Bezug zum eigenen Stadtteil gestärkt. Dabei wirken sich Größe und Struktur der Stadtteile unterschiedlich auf nachbarschaftliche Interaktionen aus. Durchgangsverkehr, Barrieren und eine zu geringe oder zu hohe bauliche Dichte stellen Hemmnisse für Nachbarschaften dar.

Der öffentliche Raum in den Quartieren der Sozialen Stadt wird häufig durch so-

Öffentlicher Raum – eine (!) Definition

Der „Öffentliche Raum“ wurde in der Runde als ein lebendiger, funktionaler Raum verstanden, in dem oft ungeschriebene Regeln gelten, die nicht immer allen Nutzerinnen und Nutzern bekannt sind. Damit hat auf der einen Seite jede/r das Recht auf freie Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, auf der anderen Seite sind im Miteinander permanente Aushandlungsprozesse notwendig, um die geltenden Regeln und eigenen Grenzen auszuloten. Grundsätzlich soll der öffentliche Raum allen gleichberechtigt und niederschwellig zugänglich sein sowie unterschiedliche Nutzergruppen ansprechen und an deren Ansprüche angepasst sein. In Bezug auf die Generationengerechtigkeit sowie die Bildung von Nachbarschaften in Quartieren sollte die Gestaltung von öffentlichen Räumen so erfolgen, dass klare Funktionen und nutzerspezifische Bereiche Konflikte vermindern.

zioökonomisch benachteiligte Bewohner/-innen genutzt, weil ihnen in der Regel private Rückzugsräume fehlen. Eine gefestigte Nachbarschaft kann soziale Kontrolle und damit das Sicherheitsgefühl stärken, was insbesondere für Kinder und ältere Menschen von Bedeutung ist. Spiegelt der öffentliche Raum die Identität der Bewohner/-innen wieder, wird dieser auch gepflegt und mitgestaltet. Kleinräumige Straßenfeste können ebenfalls zum Austausch und der Identifikation mit dem eigenen Stadtteil beitragen.

3. Es ist wichtig, alle Anregungen der Bürger/-innen zur Gestaltung eines Platzes aufzunehmen und zügig umzusetzen, damit ein gut genutzter Platz entsteht.

Beteiligung und Prozesshaftigkeit

Die Bewohner/-innen eines Quartiers müssen bei der Gestaltung von Plätzen und Grünräumen als Experten für ihre Bedürfnisse und Anforderungen wahrgenommen und dementsprechend mit in die Planung einbezogen werden. Durch eigenverantwortliche Gestaltungsmöglichkeiten wird zudem die Achtung des öffentlichen Eigentums gesteigert. Ein hilfreiches Instrument kann die Gründung eines nachbarschaftlichen Vereins von den Bewohnerinnen und Bewohnern sein. Dadurch bieten sich darüber hinaus Chancen für die leichtere Inanspruchnahme von Fördermitteln für bauliche und gemeinschaftsfördernde Maßnahmen. Dabei muss die Gestaltung eines Platzes als ein stetiger Prozess gesehen werden, um so den sich ändernden Ansprüchen gerecht zu werden. Konfliktpotentiale können so verringert und nachbarschaftliche Aktivitäten gefördert werden.

„Ein Platz funktioniert, wenn er genutzt wird und lebendig ist.“

Folgende Bausteine tragen nach Einschätzung der Arbeitsgruppe dazu bei, dass ein Öffentlicher Raum „funktioniert“:

- Vielfältigkeit in Gestalt und Funktion für unterschiedliche Gruppen
- Achtung des allgemeinen Eigentums unter den Nutzerinnen und Nutzern
- Barrierefreiheit
- Sicherheit
- Respektieren der baulichen und sozialen Struktur

Die Praxisbeispiele Hörder Neumarkt und Friedrich-Ebert-Platz zeigten, wie wichtig es ist, dass bestehende Strukturen nicht

überplant werden. Bei den Gestaltungsprozessen mussten unterschiedliche Interessengruppen berücksichtigt und insbesondere schwächere Bewohner/-innen mit einbezogen werden. Aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten trugen dazu bei, dass der Hörder Neumarkt an Attraktivität für die bestehende Sozialstruktur gewinnen konnte und dabei seine Funktionen für unterschiedliche Nutzer bestehen blieben. Durch eine sinnvolle räumliche Gliederung konnten Konfliktpotentiale gemindert werden.

Und schließlich: Sinnvoll wäre ein Handbuch der nicht gelungenen oder ungenutzten Plätze, um aus Fehlern lernen zu können.



Werkstattgruppe II

Sanierung und Neubau von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen

Moderation: Sebastian Kröger, Stadt Dortmund,
Amt für Wohnen und Stadterneuerung

In Dortmund Wichlinghofen – einem Stadtteil im Dortmunder Süden – soll ein Stadtteil- und Bildungszentrum entstehen. Hier wohnen ca. 2.400 Personen, der Ausländeranteil und der Anteil an Transferleistungsempfängern ist mit unter 3 % sehr niedrig. Wichlinghofen ist geprägt von Überalterung. Soziale und Versorgungsinfrastruktur sind so gut wie nicht vorhanden. Der Stadtteil ist von einem Netz aus Grünräumen umschlossen, die Strukturen sind dörflich. Wichlinghofen ist ein Stadtteil, dessen Ausgangslage sich von vielen anderen Städtebaufördergebieten unterscheidet, dennoch werden hier wichtige Praxiserfahrungen gemacht, die in Werkstattgruppe II ausgetauscht und diskutiert wurden. Im Fokus der Diskussion zum Thema „Sanierung und Neubau von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen“ standen vier Leitfragen:

1. Welche Erfahrungen aus dem Projekt sind übertragbar?

In Wichlinghofen gibt es ein sehr reges Vereinsleben. Die Menschen im Stadtteil beteiligen sich intensiv und sind gut informiert. Allerdings gibt es keinen geeigneten Raum für die Vereine und Stadtteilaktivitäten. Der Wunsch nach einem multifunktional nutzbaren Raum kam aus dem Stadtteil selbst. 2009 gab es einen Beschluss der Stadt Dortmund, die Grundschule in Wichlinghofen zu schließen. Die Bewohner/-innen des Stadtteils traten in einen engagierten Protest, aus dem sich erste Ideen für die Einrichtung eines Stadtteilzentrums, angegliedert an die Grundschule, bildeten. Die vorhandene Motivation sollte hier genutzt werden, das Konzept als Pilotprojekt mit Vorbildcharakter für andere Stadtteile mit anderen Problemlagen dienen.

Die Planungsphase für das Stadtteilzentrum wird 2019 abgeschlossen sein, die Bauzeit wird voraussichtlich zwei Jahre betragen. Über die Hintergründe dieser langen Planungsphase sollte die Bewohnerschaft informiert werden, besonders

auch, weil eine interessierte und engagierte Bewohnerschaft ein wichtiger Faktor ist, um eine Gemeinbedarfseinrichtung mit Leben zu füllen. Damit das gelingt, muss die Einrichtung zum Stadtteil und seiner Bewohnerschaft passen, die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner/-innen müssen in diesem Rahmen erfasst werden. In Wichlinghofen wurden zu diesem Zweck Informationen gesammelt und im Rahmen einer Machbarkeitsstudie u. a. verschiedene Beteiligungsveranstaltungen durchgeführt. Im Planungsprozess sollten auch die Schwierigkeiten und Veränderungen innerhalb der Bauphase bedacht werden. Große Bauprojekte können teilweise Vorbehalte bei einigen Anwohnerinnen und Anwohnern erzeugen. Durch rechtzeitige Information und Einbindung in den Bauprozess sollte dies vermieden werden.

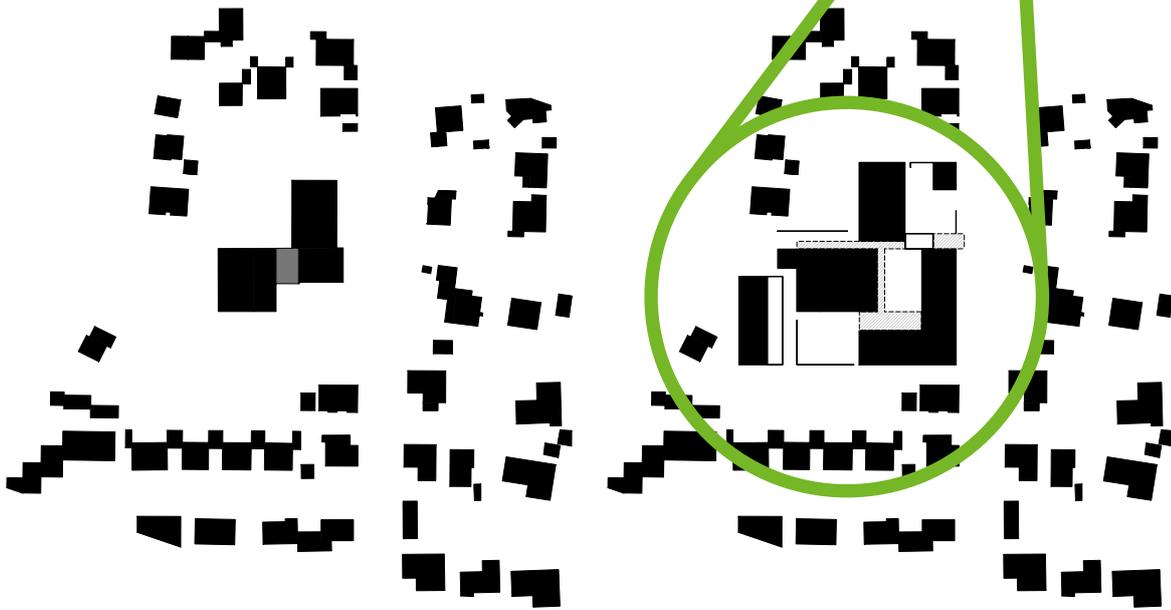


2. Wie lassen sich Projekte dieser Art finanzieren?

Die Grundschule in Wichlinghofen, auf deren Gelände das Stadtteil- und Bildungszentrum entstehen soll, befindet sich in einem Containerbau aus den 1970er Jahren und ist in einem baulich modernisierungsbedürftigen Zustand.



VISUALISIERUNG



SCHWARZPLAN BESTAND & SCHWARZPLAN NEUPLANUNG





PROJEKT WICHLINGHOFEN

Ziel des Projektes ist der Abbruch des Grundschulgebäudes und die Errichtung eines neuen Gebäudeensembles, das sich aus den Bausteinen Grundschule, Turn- und Gymnastikhalle sowie einem Stadtteilzentrum zusammensetzt. Dabei soll ein möglichst großer Teil der Innen- und Außenräume möglichst flexibel durch unterschiedliche Nutzer genutzt werden können. Der Abbruch des Bestandes und die Neuerrichtung des Stadtteilzentrums sowie der nicht exklusiv schulischen Räume können über Fördermittel des Programmes Stadtumbau West gefördert werden. Ein Förderbescheid für die Maßnahme liegt noch nicht vor, ist jedoch

von der Fördermittelgeberin in Aussicht gestellt worden. Grundlage für die Förderung sind ein Integriertes Handlungskonzept, ein positiver Ratsbeschluss zur Umsetzung der Maßnahme und der Nachweis der Eigenmittel.

Der Neubau der Grundschule bzw. aller Räume, die perspektivisch einer ausschließlich schulischen Nutzung dienen werden, wird voraussichtlich nicht aus dem Programm Stadtumbau West finanziert, sondern entweder aus städtischen Eigenmitteln oder über einen alternativen Förderzugang wie etwa „Gute Schule 2020“.

Quelle: Stadt Dortmund |
Amt für Wohnen und
Stadterneuerung

Die Kosten für Planung und Bau des Gesamtprojektes werden nach aktuellen Schätzungen bei insgesamt rund 9 Millionen Euro liegen. Die separate Beantragung von Planungs- und Baukosten kann unter Umständen erfolgen und ist mit der Bewilligungsbehörde im Einzelfall abzustimmen.

Für mindestens den Zeitraum der Fördermittelzweckbindung (gemäß FRL Stadterneuerung 2008) muss die geplante bzw. beantragte Nutzung vorgehalten werden. Das Einbinden eines erfahrenen, kompetenten und solventen Kooperationspartners für die notwendige Trägerschaft des Projektes ist obligatorisch im Sinne des Förderrechts, aber vor allem auch in Bezug auf die Sicherstellung des Angebots zur Deckung des Bedarfs vor Ort. Zusätzlich können auch private Investoren in die Planungen eingebunden werden. So gibt es beispielweise die Möglichkeit, Wohnprojekte oder auch prosperierende Wirtschaftsbetriebe an die Einrichtungen anzugliedern bzw. mit auf dem Gelände zu verorten.

3. Welche Strategien gibt es zur Verstärkung der Gemeinbedarfseinrichtungen?

In Wichlinghofen steht eine sehr engagierte Bewohnerschaft hinter dem Projekt, deren Engagement auch über den bisherigen Planungsvorlauf bestehen geblieben ist. Aktuell gründet sich ein Trägerverein. Die Personen vor Ort sind sich darüber bewusst, dass das Stadtteilzentrum zukünftig durch sie selbst wirtschaftlich gemanagt und genutzt werden muss, und sind bereit, hier Verantwortung zu übernehmen. Die engagierte Gruppe von Stadtteilbewohnerinnen und -bewohnern hebt sich im Vergleich zu anderen Stadtteilen / Quartieren positiv ab. Zum jetzigen Projektstand ist noch offen, ob diese Bereitschaft und das Engagement der „Wichlinghofer Protagonistengruppe“ über die bevorstehende mehrjährige Planungs- und Bauphase hinaus trägt und ob das Management des Stadtteilzentrums unter Umständen zukünftig in eine andere Trägerschaft überführt werden muss.

Grundsätzlich wird in der Diskussion festgestellt, dass Vereine heutzutage oftmals von einer breiten Basis getragen werden, allerdings Schwierigkeiten haben, die Führungsebene (Vorstand) zu besetzen. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und sich über einen längeren Zeitraum an einen Verein zu binden, scheint allgemein abzunehmen – so eine Feststellung in der Diskussion.

Eine professionelle Unterstützung ist deshalb in Stadterneuerungsgebieten oftmals der Schlüssel für eine dauerhafte Verstärkung. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, institutionelle Aufgaben der Kommunen in die Gebäude zu verlagern.

4. Wie lassen sich die Gebäude möglichst flexibel und anpassbar auf zukünftige Entwicklungen gestalten?

Damit Gemeinbedarfseinrichtungen auch langfristig nutzbar bleiben, ist es wichtig, mögliche zukünftige demographische Entwicklungen mit zu denken. Der aktuell noch steigende Bedarf an Schulen und KiTas wird voraussichtlich in den nächsten Jahren stark zurückgehen. Der Anteil an mobilitätseingeschränkten Menschen wird weiter zunehmen. Gleichzeitig besteht der Wunsch nach einem möglichst langen, eigenständigen Leben. Wohnortnahe Versorgung und nachbarschaftliche Hilfen werden dadurch in Zukunft immer wichtiger.

Gemeinbedarfseinrichtungen können viele dieser Funktionen erfüllen: alternative Nahversorgung, Cafeteria, Stadtteilbibliothek, Arztpraxis usw. Die Räume müssen hierfür multifunktional nutzbar für mehrere Zielgruppen geplant werden, um eine langfristige bedarfsgerechte Nutzung sicher zu stellen. Dabei geht es einerseits um eine mögliche Umnutzung von Räumen, wenn sich Funktionen durch demographische Entwicklungen verändern, andererseits sollte eine mögliche Mehrfachnutzung von Räumen bedacht werden, um auch Bedarfe kleinerer Personengruppen erfüllen zu können.

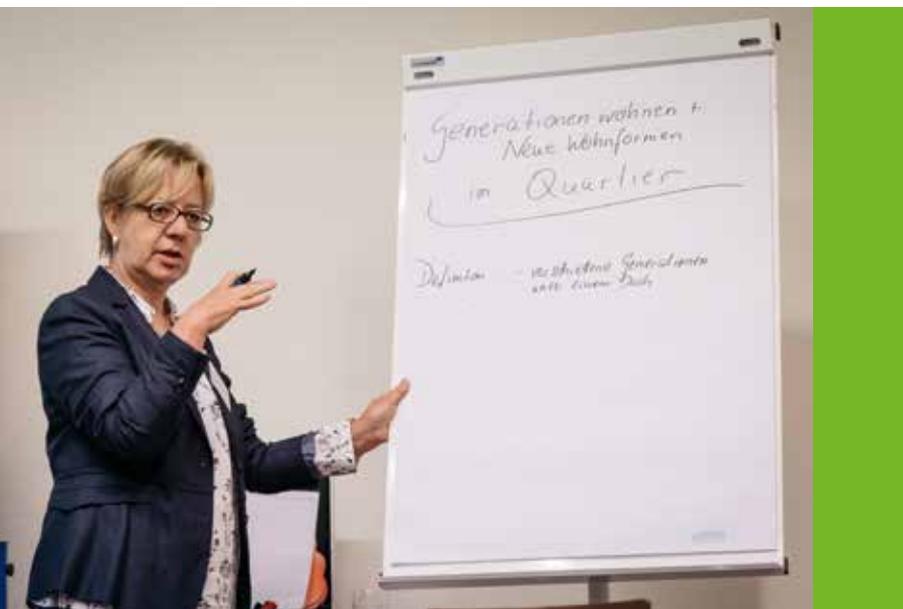


Generationenwohnen und neue Wohnformen im Quartier

Moderation: Birgit Pohlmann, Entwicklung und Moderation von gemeinsamen Wohnprojekten, Dortmund

Vom Mehrgenerationenwohnen über Begriehöfe – es gibt verschiedenste Formen von Wohnprojekten. Moderatorin Birgit Pohlmann hat selbst bei der Planung und Verwirklichung vielfältiger Projekte in Dortmund und Umgebung mitgewirkt.

vor allem angesichts der Abnahme von familiärem Zusammenleben und der geringeren Bedeutung von Vereinen – stark abgenommen. Neue Wohnformen können hier Anreize schaffen, den Austausch zwischen den Generationen zu stärken.



Je nach Wohnform ziehen Aspekte wie gegenseitige Unterstützung in unterschiedlichen Lebenslagen, gemeinsame Interessen oder individuelle Merkmale der Wohngruppe verschiedene Generationen an. Allerdings kann es bei generationsübergreifenden Projekten immer auch zu Konflikten zwischen den verschiedenen Generationen kommen. Darüber hinaus scheinen Mehrgenerationen-Wohnprojekte – nach den Erfahrungen von Birgit Pohlmann – insbesondere für Menschen über 55 attraktiv zu sein, während Familien und junge Singles bei der Suche nach gemeinschaftlichen Wohnformen insbesondere andere junge Familien suchen.

In der Diskussion wird deutlich, dass Wohnprojekte stabile Nachbarschaften produzieren und gerade für Ältere das Leben und Wohnen im Quartier erleichtern können. Sie besitzen ein großes Potenzial zur Ausstrahlung, werden jedoch häufig mit positiven Erwartungen überlastet.

Kein Selbstläufer. Wohnprojekte bedeuten Arbeit und Reibung

Trotz aller Chancen, die ein Wohnprojekt bietet – Wohnprojekte bedeuten Arbeit und Reibung. Je mehr Menschen unter einem Dach leben, desto höher ist der Organisationsaufwand. Gerade im höheren Alter kann das geforderte Engagement zu viel sein, sodass sich Bewohner/-innen zurückziehen. In der Regel entstehen darüber hinaus Gemeinschaftsräume und Freiflächen, hier ist Zeit und Engagement für Pflege und Koordination einzuplanen.

Auf dieser Grundlage wurden insbesondere folgende Fragen diskutiert:

- Was zeichnet Wohnprojekte aus?
- Welche Chancen bieten sie für das Quartier und insbesondere für altersgerechte Quartiersentwicklung?
- Wo liegen die Grenzen?
- Wie kann die Kommune solche Ansätze unterstützen?

Wichtig ist eine transparente und gleichwertige Verteilung von Aufgaben und Zuständigkeiten, es braucht Kümmerer, die diese Aufgaben übernehmen. Dies kann sowohl ein/e Bewohner/in als auch ein externer Kümmerer sein; die Lösung muss zu dem individuellen Projekt passen.

Unter einem Dach. Menschen aus verschiedenen Generationen zusammenbringen

Der Kontakt zwischen verschiedenen Generationen hat in den letzten Dekaden –

Öffnung gegenüber dem Quartier. Gemeinschaftsräume bespielen

Wohnprojekte verfügen in aller Regel über Gemeinschaftsräume, die von den

Bewohnerinnen und Bewohnern selbst genutzt werden können, teils aber auch dem Quartier gegenüber geöffnet werden. Durch selbstorganisierte (Freizeit-) Angebote wie auch die Mitbenutzung durch Kommune oder soziale Einrichtungen (z. B. Kindergärten) können diese Gemeinschaftsräume einen großen Mehrwert für das Quartier darstellen.

Eine Öffnung der Räumlichkeiten für das Quartier und das aktive Mitgestalten können für das jeweilige Projekt eine Chance sein, allerdings auch eine Überlastung bedeuten.

Sobald sich Gemeinschaftsräume für das Quartier öffnen, bestehen auch Zugänge zu Fördermitteln. Allerdings behindern die hohen formalen Anforderungen oftmals die Beantragung. So müssen Fördermittel über die Wohnraumförderung schon vor Baubeginn beantragt werden und die öffentliche Mitbenutzung über ein Belegungskonzept nachgewiesen werden. Dieser organisatorische Mehraufwand überfordert viele Gruppen in einer ohnehin schon anstrengenden Phase.

Imagesache. Öffentlich geförderten Wohnraum positiv besetzen

Sozialer Wohnungsbau wird in der öffentlichen Wahrnehmung in aller Re-

Wohnprojekt „Am Wüstenknapp“, Lünen (Reinhard Schulz)

Das Wohnprojekt im Stadtgarten-Quartier Münsterstraße wird mit Unterstützung der Stadt Lünen (Hilfe beim Grundstückserwerb) und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (Bau des Projektes) verwirklicht. Das Projekt strebt eine durchmischte Bewohnerstruktur an – bezüglich des Alters sowie auch des Einkommens. Daher sind eine Mischung von Sozialwohnungen, Eigentumswohnungen und frei vermieteten Wohnungen sowie unterschiedliche Wohnungsgrößen geplant. Großer Wert wird in diesem Zusammenhang auf eine gleiche Ausstattung aller Wohnungen gelegt. Die angelegten Gemeinschaftsräume sollen auch von Pflegediensten genutzt werden, sodass die Menschen auch im Alter noch im Projekt bleiben können ohne die anderen Bewohner/-innen übermäßig zu belasten.

gel mit benachteiligten Wohngebieten, mehrgeschossigen Wohnblöcken, einer vergleichsweise hohen Dichte und eher minderwertigen Wohnverhältnissen verbunden. Viele Menschen möchten, obwohl sie Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, nicht in Sozialwohnungen ziehen. Geförderter Wohnraum in Wohnprojekten entspricht diesem Bild nicht; hier ist sozialer Wohnungsbau integrativer Bestandteil und besitzt (fast) die gleichen Ausstattungsmerkmale wie frei finanzierten Wohnraum. Wohnprojekte bieten damit die Chance, sozialen Wohnungsbau wieder positiv zu besetzen.

Service-Team „...anders wohnen – anders leben...“, Dortmund (Anja Laubrock)

Das Service-Team „...anders wohnen – anders leben...“ im Bereich Wohnraumförderung des Amtes für Wohnen und Stadterneuerung der Stadt Dortmund berät Interessierte an innovativen Wohnformen bei der Planung und Umsetzung von Wohnprojekten. Dabei hilft es u. a. bei der Suche nach geeigneten Grundstücken und Gebäuden, stellt Kontakte zu Investorinnen und Investoren her und informiert über Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten. Auch Vernetzung ist ein Themenschwerpunkt. Zur Optimierung der Unterstützung bei der Suche nach Grundstücken und Gebäuden wird aktuell in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungs- und Bauordnungsamt ein Fragebogen entwickelt. Anhand der in diesem Fragebogen ermittelten spezifischen Bedarfe (Lage, Größe etc.) der anfragenden Initiativen sollen gezielt passende Flächen zur Realisierung der Vorhaben identifiziert werden.

Eigenständig im Alter. Alternsgerecht wohnen im Quartier

Wunsch der meisten Menschen ist es, auch im Alter noch im eigenen Quartier, in der vertrauten Umgebung mit all seinen Netzwerken und Kontakten leben zu können. Wohnprojekte können einen großen Beitrag dazu leisten, das eigenständige Wohnen im Quartier zu ermöglichen. Der Zugang zu ambulanten Pflegediensten besteht natürlich auch in Wohnprojekten, hier gibt es zudem oft Verabredungen untereinander, sich zu

unterstützen und bei notwendiger Pflege gemeinsam Dienste zu beauftragen.

In einigen Projekten, zu deren Profil die gezielte Integration von jungen oder älteren Menschen mit Handicaps / Behinderungen gehört, steht in einem Assistenzstützpunkt ein Pflegedienst in den Räumlichkeiten des Projektes zur Verfügung, welcher die Menschen vor Ort unterstützen kann.

Darüber hinaus können in Wohnprojekten individuelle Wohnwünsche z. B. an den Wohnungszuschnitt oder an Barrierefreiheit realisiert werden. Gerade im Hinblick auf Altersarmut spielt auch attraktiver, geförderter Wohnraum eine wichtige Rolle, um den Verbleib im Quartier zu ermöglichen.

Soziale Stadt. Wohnprojekte in benachteiligten Stadtteilen?

Bei der Betrachtung bestehender Wohnprojekte im Ruhrgebiet fällt auf, dass es mit wenigen Ausnahmen keine Projekte in benachteiligten Stadtteilen gibt, obwohl diese gerade hier einen besonderen Beitrag zur Stabilisierung der Nachbarschaft leisten könnten. Wie kann die Ansiedlung von Wohnprojekten in Stadtteilen im Programm Soziale Stadt befördert werden? Welche Voraussetzungen müssen für die Gruppen wie auch die Investorin bzw. den Investor erfüllt sein? Da Gruppen, die ein Wohnprojekt auf die Beine stellen, in der Regel in anderen Teilen der Stadt nach Grundstücken suchen, braucht es attraktive Angebote, das heißt ein Grundstück und eine(n) Investor/-in, damit die Option überhaupt erst in Betracht gezogen wird.

Alte Samtweberei Krefeld, Montag Stiftung Urbane Räume

Die Alte Samtweberei in Krefeld hat lange Zeit leer gestanden; heute ist sie ein Ort des Wohnens und Arbeitens und eine Keimzelle für Engagement im Quartier. Durch das Initialkapital der Montag Stiftung Urbane Räume konnte die ehemalige Textilfabrik für die aktuelle Nutzung hergerichtet werden, die Überschüsse der Bewirtschaftung werden nun in das Quartier gesteckt. In diesem besonderen Wohnprojekt können Bewohner/-innen beispielsweise die Hälfte ihrer Miete mit Projekten und Aktivitäten im Stadtviertel bezahlen. Mit dem Pilotprojekt Samtweberei soll ein übertragbares Modell an der Schnittstelle von Immobilienentwicklung, Gemeinwesenarbeit und zivilgesellschaftlich getragener Stadtteilentwicklung entwickelt werden. Unter dem Motto „Initialkapital für eine chancengerechte Stadtentwicklung“ will die Montag Stiftung Urbane Räume auch weiterhin Projekte an den Start bringen, um durch die Investition in eine Immobilie die Gemeinwesenarbeit für einen Stadtteil mit schwieriger Perspektive mitzutragen.

[www.montag-stiftungen.de/urbane-raeume/initialkapital/nachbarschaft-samtweberei.html]

Was kann die Kommune tun?

- Hilfe bei der Grundstückssuche
- Konzeptvergabe mit Vorgaben Wohnen und soziale Nutzung
- Kaufpreisbremsen oder -reduzierungen für Wohnprojekte
- Wohnprojekttage und Wohnprojektaustausch
- besondere Projekte nachmachen (z. B. Projekt „Initialkapital“ der Montagsstiftung)
- Erfahrungsaustausch
- Investoren und Wohnungsunternehmen für Wohnprojekte sensibilisieren
- Themenabende zu neuen Wohnformen

Werkstattgruppe IV

Soziale Netze / Bürgerschaftliches Engagement

Moderation: Ute Schünemann-Flake,
ZWAR Zentralstelle NRW, Dortmund

Kernthema der vierten Werkstattgruppe im Kontext generationengerechter Quartiere war die Frage, wie sich bürgerschaftliches Engagement in der generationengerechten Gesellschaft organisieren lässt. Aber auch die Fragen: Wie gelingt die Ausgestaltung der Seniorenarbeit? Wo muss sich die Kommune auf den Weg machen, um diese Aufgabe gut zu erfüllen? Und wie bringt man Menschen dazu, sich ehrenamtlich / bürgerschaftlich zu engagieren?

Allgemein gründen sich soziale Netzwerke im Alter anhand der Frage „Wie möchte ich im Alter leben“. Sie entstehen aus der Entscheidung, gemeinsam miteinander älter werden zu wollen. Die Aufgabe der Sozialen Netzwerke ist es – in Abgrenzung zum Begriff des bürgerschaftlichen Engagements – nicht, staatliche Aufgaben (wie die Pflege älterer Nachbarn) zu übernehmen, sondern die, das gemeinsame Leben zu gestalten.

Als Einstieg in die Diskussion schilderte Frau Schünemann-Flake das Prinzip der ZWAR-Gruppen („Zwischen Arbeit und Ruhestand“) und ihre Erfahrungen aus der Beratung und Begleitung dieser Gruppen in den letzten Jahren. Das ZWAR-Projekt existiert seit 1979 und entstand anlässlich der Stahl- und Bergbaukrise im Ruhrgebiet aufgrund der Frage: Was passiert mit Menschen ab 55 Jahren, wenn sie aus der aktiven Arbeit ausscheiden, die zentraler Lebensinhalt war und bis dato auch ihren Stellenwert in der Gesellschaft definiert hat?

Die Menschen erhielten zunächst eine schriftliche Einladung zur örtlichen Altentagesstätte. Doch das passte nicht zur Selbstwahrnehmung der „Betroffenen“. Daraus entstand die Erkenntnis, dass sich ein Angebot entlang der Interessen und Vorstellungen der Menschen entwickeln muss – die Grundlage für das heutige Projekt „ZWAR Zentralstelle“ beim bisherigen Ministerium für Gesund-

heit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW (MGEPA).

Das Projekt finanziert aus Landesmitteln eine – für Kommunen kostenlose – Beratung auf dem Weg zur sowie bei der Gründung einer neuen ZWAR-Gruppe. Die formale Gründung erfolgt durch die/den Bürgermeister/-in. Dazu werden alle Bürger/-innen des ausgewählten Quartiers im Alter von 55 bis etwa 65 Jahren eingeladen. Nach der Gründungsphase organisieren sich die Gruppen eigenverantwortlich und ehrenamtlich. Die ZWAR Zentralstelle unterstützt die hauptamtliche Netzwerkbegleitung vor Ort in den ersten beiden Folgetreffen und bietet halbjährliche Reflexionstage. Die Netzwerke tauschen sich auch untereinander aus.



Die jeweiligen ZWAR-Gruppen sind ein Treffen von Gleichgesinnten, die gleichgerichtete Interessen verfolgen. In der Regel entstehen Gruppen von 20 bis zu 80 Personen, die relativ altershomogen sind. Wenn neue Altersgruppen nachrücken, werden eher neue Gruppen gegründet, sogenannte „Nachgründungen“. Inzwischen dauert es maximal etwa ein Jahr, bis die Netzwerke selbstorganisiert

arbeiten. Es erfolgt keine formale Vereinsgründung, sondern es ist ein loser Zusammenschluss engagierter Menschen.

Eine finanzielle Unterstützung der Gruppen gibt es nicht. Geplante Aktivitäten werden selbst oder durch angeworbene Spenden finanziert. Daraus entsteht in der Regel ein Fokus auf die Nahräume und darauf, dass Aktionen möglichst allen zugänglich sind. Ein wichtiges Kriterium der aktiven Mitwirkung ist die Freiwilligkeit – einen auferlegten Zwang merkt man den Gruppen an. Wenn Gruppen „abbröckeln“, ist dies ein Hinweis darauf, dass die gemeinsame Basis verlorengegangen ist.

Unabhängig von dieser gemeinsamen Basis sind hinsichtlich der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weitere Aspekte zu beachten und Herausforderungen zu bewältigen – insbesondere in Stadtteilen der Sozialen Stadt.

Die besonderen Herausforderungen in der Sozialen Stadt

Die **Themen müssen** so gesetzt und auf die alltägliche Ebene heruntergebrochen werden, dass sie **Relevanz für die Menschen besitzen**. Die bestehenden bürgerschaftlichen Netzwerke arbeiten überwiegend zu den Themen Flüchtlinge, Kinderarmut sowie zu Anfragen zum Thema Bildungs- und Teilhabepakte. Andere Themen finden kaum Gehör. Es besteht die Tendenz einer Verzettelung durch das Bedürfnis, auf tagesaktuelle Themen reagieren zu müssen (neben Flüchtlingen und Kinderarmut zum Beispiel Themen wie Inklusion oder Demenz).

Identität mit dem Stadtteil / mit der Gruppe / mit dem Thema muss geschaffen, **Anonymität aufgelöst** werden. Das ist gerade in Gebieten mit Fluktuation sowie bei größeren Neubauprojekten wichtig: Wie bekommt man neue Bewohner in bestehende Gruppen alteingesessener Bewohner/-innen integriert? Welche Faktoren wirken identitätsstiftend? Gerade Familien, die mitten in der „rush hour“ des Lebens stecken, haben viele andere Dinge zu tun und sind nur schwer zu erreichen. Dies ist auch ein Thema von Vereinen, die dringend Nachwuchs benötigen.

Die **Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund** ist notwendig

und wichtig, aber aufgrund der oft vorhandenen sprachlichen und kulturellen Hürden auch herausfordernd. Die Bewohnerstruktur in der Sozialen Stadt bringt schwierige Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement mit, was auch im Bericht zu Werkstattgruppe II anklingt. Als erfolgreich hat sich allgemein und auch nach Erfahrungen aus der Gruppe die Ansprache von Migrantinnen über Schlüsselpersonen erwiesen, was in einem Fall auch dazu geführt hat, dass ein Offener Treff (Seniorencafé) organisiert wurde. Über die Ansprechpartnerin sind viele Menschen dazu kommen, es konnte Zugang zu bestehenden Communities geschaffen werden.

Die ZWAR-Gruppen funktionieren unter anderem deshalb gut, weil sie ein **freiwilliger Zusammenschluss in einem verbindlichen Rahmen** sind. Die Themen sind nicht vorgegeben, sondern selbst gewählt und die Treffen und Aktivitäten selbst organisiert. So ergibt sich eine Vielzahl von Interessen- und Projektgruppen – jeweils entlang der Wünsche der Menschen. Die persönliche Motivation schafft Verbindlichkeit für regelmäßige Treffen. Ein zu starres Korsett führt eher dazu, dass die Mitwirkung ausbleibt. Dann gilt es erneut nach Interessen und Wünschen zu fragen, um die Menschen zurück in die Gemeinschaft zu bekommen. Die Themen müssen von innen herauskommen. Das gilt für die in den Gruppen vertretenen Bildungsbürger/-innen genauso wie für die Mitglieder, die sich hier gerne en-

„Netzwerk Integration“ in Wuppertal – Monatlicher Stammtisch

In Wuppertal Oberbarmen/Wichlinghausen wurde ein neues Netzwerk zur Integration über das Quartiersmanagement initiiert. Zum Einstieg wurde eine Datenbank erstellt, um einen Überblick über bestehende Angebote zu bekommen. Monatlich werden alle Netzwerkmitglieder und potenziell Interessierte eingeladen, um sich untereinander auszutauschen. Die Mitglieder konnten sich zwar bereits meist schon vorher, aber der regelmäßige Austausch hat eine andere Qualität. Aktives Netzwerken ist mehr als nur „sich kennen“. Schwieriger als die Gründung ist nun die Frage, wie das Netzwerk aktiv bleibt und in die Selbstorganisation geht.

gagieren, auch wenn sie sich sonst nicht organisieren.

Dabei dürfen die Erwartungen an Beteiligung und Teilhabe der Menschen nicht zu hoch angesetzt werden: **Aktive Mitwirkung ist für viele ungewohnt** – Beteiligung ist z. T. auch schichtspezifisch. Viele Menschen haben Mitbestimmung in ihrer Arbeitswelt nicht gelernt, sondern haben Anordnungen umgesetzt. Beteiligung muss also geübt werden. In den ZWAR-Gruppen lernen die Mitglieder Selbstorganisation und je nach Organisation auch ernst gemeinte Partizipation.

Eine schwierige Aufgabe ist es, bestehende Gruppen neu zu öffnen – eine Aufgabe, die sich stellt, wenn man an schon existierende Strukturen sozialer Netze anknüpfen möchte. Wie können sich neue Personen einbringen? Einig waren sich die Teilnehmer/-innen, dass es wichtig ist, **in bestehende Gruppen Flexibilität hineinzubringen**.

Welche zukünftigen Anforderungen ergeben sich?

- Angesichts des demografischen Wandels **brauchen Vereine dringend Nachwuchs**: Wer ist bereit, einem Verein beizutreten? Wer macht Vereinsarbeit?
- Die (mit öffentlichen Mitteln) geförderten Aufgaben benötigen eine **nachhaltige Absicherung**: Wer übernimmt Verantwortung und Kosten?

- Netzwerke initiieren ist möglich, aber um sie am Laufen zu halten, braucht es einen Motor: Wie kann man erfolgreich **gestartete Netzwerke in der Kommune am Leben halten**?
- Bestehende und neue Initiativen brauchen einen **Raum für Begegnung**: Lassen sich z. B. Schulen stärker nutzen?
- Oft fehlen **Informationen**: Wer hat Kenntnis über Räume und Angebote? Ein enges Netzwerk hilft bei diesen Fragen.
- Man braucht den **Kümmerer vor Ort**, um Kontinuität, Know-how und Weiterentwicklung (partizipativ) zu sichern. Ehrenamt funktioniert nicht komplett ohne Hauptamt – Hauptamtlichkeit sichert Kontinuität. Entweder muss die Kommune eingebunden sein oder ein Kümmerer in Form einer Stadtteilinstitution / eines privaten Trägers ist notwendig.
- Die **Politik** muss das Engagement wollen und unterstützen.
- Bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Strukturen **nicht überbeanspruchen** – staatliche Strukturen dürfen nicht durch Ehrenamt ersetzt werden.

Praktisch: Wie kann bürgerschaftliches Engagement angeregt und gefördert werden? Ein Modell und einige Gelingensfaktoren

Bürgerschaftliches Engagement muss aus dem eigenen Interesse heraus erfolgen,





um tragfähig zu sein. Das Prinzip der „Themenzentrierten Interaktion“ (TZI-Dreieck) zeigt, welche Faktoren zusammenspielen müssen, damit bürgerschaftliches Engagement entsteht und funktioniert.

- Ausgehend von der **Zielgruppe – dem ICH** (hier: Menschen zwischen Arbeit und Ruhestand) – wird der Veränderungsbereich in ihrer besonderen Lebensphase betrachtet: Soziale Kontakte brechen ab, die Tagesstruktur ändert sich, es können gesundheitliche Themen neu auftreten, die Frage nach finanziellen Unterstützungen und Leistungen wird virulent.
- **Betrachtung des THEMAS:** Was ist das Thema, was mich zentral beschäftigt? So lange wie möglich im Stadtteil bleiben. Gesundheit, materielle Sicherheit, meine Rolle in der Gesellschaft.
- **Das Agieren in der Gruppe: WIR** – In diesem Fall selbstorganisierte Netzwerke 55+ im Quartier, mit dem Ziel, ein gutes Miteinander zu gestalten.

Dieses Zusammenspiel muss immer **im Rahmen des bestehenden Umfeldes / der Rahmenbedingungen** betrachtet werden. Die Netzwerke werden in einem Stadtteil ins Leben gerufen. Was möchte ich gerne mit anderen tun? Über diese Eckpunkte entwickeln sich soziale Netzwerke. Themen der Netzwerke: Mobilität, Wohnen, Freizeit, Nachbarschaft.

Faktoren für das Gelingen und gute Beispiele für Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung

- **Schlüsselpersonen** in Communities identifizieren, die man gewinnen möchte. Sie öffnen Zugänge in bestehende Gruppen. Die Einbindung gelingt über persönliche Ansprache.
- **Bestehende Strukturen nutzen und Win-win-Situationen schaffen:** Bei der Neugründung eines Netzwerks oder einer Gruppe müssen die Schnittstellen zwischen neuer Struktur und bestehenden Organisationen oder Stiftungen, die das Thema bereits bearbeiten, betrachtet werden: Wo könnte Konkurrenz entstehen? Der Weg zur Vermeidung von Konkurrenz ist Einbindung und das Zusammenführen von Strängen (z. B. durch gemeinsame Raumebelegung in Gemeinschaftseinrichtungen): Wie möchten Sie sich an diesem Projekt beteiligen? Im Vordergrund muss stehen, etwas für sich zu tun – gemeinsam Spaß haben – sich zu engagieren auch für andere. Positives Beispiel ist eine Tangogruppe, die in einer Einrichtung für demenziell erkrankte Menschen probt. Die Musik und die Abwechslung im Alltag sind ein Gewinn für die von Demenz Betroffenen.
- Ohne Geld geht es nicht: **Fonds für die Umsetzung** einrichten
- **Governance-Strukturen aufbauen:** Ein Wohlfahrtsmix aus z. B. Vereinen, Trägern, Unternehmern und Institutionen und Kommune übernimmt gemeinsam Gestaltungsverantwortung für ein Quartier. Dabei geht es um Kooperation und die Unterstützung von Partizipationsstrukturen. Kommune und Politik geben in diesem Modell Verantwortung ab, tragen diese aber mit.
- **Zugang zu Räumlichkeiten:** Welche Räume stehen für bürgerschaftliche Gruppen offen? Wie können z. B. Räume der Grund- und weiterführenden Schulen genutzt werden? Welche Möglichkeiten bieten Kindertageseinrichtungen, die sich als Familienzentren vielleicht bereits geöffnet haben? Und woher erfährt man, welche Räumlichkeiten oder Angebote es gibt? Die Nutzung bestehender (Informations-) Netze ist wichtig.
- **Wissenschaft als Partner:** Stadt Gelsenkirchen und FH Dortmund haben das Projekt QuartiersNETZ (s. u.) gemeinsam beantragt und verschiedene Bausteine umgesetzt. Die Kontakte sind inzwischen eingespielt und die Zusammenarbeit bei aller Distanz

vertrauensvoll, sodass man auf der einen Seite kritisch reflektieren, auf der anderen Seite aber auch gemeinsam Themen und Projekte weiterentwickeln kann. Wie bekommt man

die hier erzielten Erkenntnisse über Strukturen und Erfolgsbedingungen im Sinne eines „science roll out“ auch in andere Städten gebracht?

Masterplan Senioren in Gelsenkirchen

In Gelsenkirchen wurde ein Masterplan Senioren aufgestellt. Bestandteil ist neben einem Seniorenbeirat die Einrichtung einer Stabsstelle „Senioren- und Behindertenbeauftragter“ bei der Stadt Gelsenkirchen (angesiedelt beim Sozialamt). Verbunden mit dem Amt ist auch die Geschäftsführung des Generationennetzes Gelsenkirchen e. V. Es gibt eine stadtweite Vernetzung der Akteure zum Thema Senioren (z. B. Wohlfahrtsverbände und Krankenhäuser), die auch auf die einzelnen Stadtteile heruntergebrochen werden soll. Zentrale Prinzipien sind Barrierefreiheit, Partizipation und Generationensolidarität.

Weitere Elemente der Umsetzung des Masterplans sind Quartierskonferenzen und Nachbarschaftsstifter:

Quartierskonferenzen im Projekt QuartiersNETZ (www.quartiersnetz.de)

Im Rahmen des Projekts QuartiersNETZ in Gelsenkirchen finden vierteljährliche Quartierskonferenzen statt. Arbeitsgruppen und Initiativen zu verschiedenen Themen sollen (älteren) Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers die Möglichkeit geben, sich in die Gestaltung ihres Wohnumfelds einzubringen. Gleichzeitig sollen dadurch die Teilnehmenden darin unterstützt werden, ihre eigenen Wünsche in Bezug auf das Quartier und andere Lebensbereiche zu erkennen und auszudrücken. Außerdem wird daran gearbeitet, dass die Ideen der Teilnehmenden in die lokale Politik einfließen bzw. dass sie in bestimmten Bereichen Themen und Ideen selbst angehen und dadurch Veränderungen erreichen.

Zu den Auftaktkonferenzen wurden alle Quartiersbewohner/-innen schriftlich eingeladen, die 50 Jahre und älter sind. Bei diesen Veranstaltungen ging es zunächst einmal darum, welche Themen den Bewohnerinnen und Bewohnern in Bezug auf ihr Quartier wichtig sind. In den darauffolgenden Veranstaltungen wurden die genannten Themen zu verschiedenen Themenbereichen zusammengefasst und hierzu Arbeitsgruppen oder Interessengemeinschaften gegründet. Diese Gruppen setzen sich ihre eigenen Prioritäten und Arbeitsthemen und sind vor allem offen gegenüber neuen Teilnehmenden und Themen.

Nachbarschaftsstifter (www.nachbarschaftsstifter.de)

Die „Nachbarschaftsstifter“ sind ein Modell zur Seniorenvertretung im Generationennetz Gelsenkirchen e. V. Menschen im Alter von 40 bis 86 Jahren engagieren sich ehrenamtlich in ihrem Viertel und bieten Unterstützung für Seniorinnen und Senioren in Form von:

- Lotsen: Ansprechpartner/-innen bei Fragen und Vermittlung von weiterführenden Kontakten
- Vermittlung von konkreter Nachbarschaftshilfe
- Interessenvertretung: Einflussnahme darauf, dass das jeweilige Viertel im Sinne der Bewohner/-innen familienfreundlich gestaltet wird.



Am 5. September 2017 wird die dritte Werkstatt in Bochum stattfinden. Unter dem Titel „Sicherheit und Kriminalprävention“ wird dann eine weitere Facette sozialraumorientierter und ressortübergreifender Ansätze zur Quartiersentwicklung beleuchtet.



Soziale Netzwerke + Bürgerschaftliches Engagement

Ihre Erfahrungen bei der Unterstützung und dem Aufbau von sozialen Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement?

1. Was sind die besonderen Herausforderungen in der Sozialen Stadt?

2. Welche zukünftigen Anforderungen ergeben sich?

3. Was sind gelingende Faktoren und gute Beispiele für Zusammenarbeit in bzw. mit der Stadtverwaltung zu dem Thema?

elches Thema
st relevant
für die Menschen?
erges eben es
wirkt nicht
nachhaltig

Anonymität
auflösen

Identität
stärken
Familien in

Vereine, Vereine
"Nachwuchs"

Sicherung der
Nachhaltigkeit

Schlüssel personen
identifizieren

Schlüssel personen
öffnen zugänge

